

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/127

9. Juli 1975

Der Kurs bleibt richtig

25 entwicklungspolitische Thesen für ein "Neues Verhältnis zur Dritten Welt"

Von Erwin Stahl MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

In Berlin läßt es sich leben I

Erfahrungen aus der Betreuung zugezogener junger Arbeitnehmer

Von Ilse Reichel
Senatorin für Familie, Jugend und Sport

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Bessere Kooperation mit Bulgarien

Seite 5 und 6 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 04 86 846 - 48 ppsm d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnner Straße 108-112, Telefon: 3768 11

Der Kurs bleibt richtig

25 entwicklungspolitische Thesen für ein "Neues Verhältnis zur Dritten Welt"

Von Erwin Stahl MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung hat in ihrer Klausurtagung zum Thema "Neues Verhältnis zur Dritten Welt" erneut gezeigt, daß sie bereit ist, das ihr seit längerer Zeit von vielen Staaten auferlegte politische und wirtschaftliche Gewicht in der Weltwirtschaft zu übernehmen.

Sie hat ihre Entschlossenheit bewiesen, auch neuen Problemen mit neuen flexiblen Methoden zu begegnen, ohne die bereits bewährten Grundsätze der deutschen Entwicklungshilfe aufzugeben. Dies kommt auch in den 25 Thesen zur Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zum Ausdruck, die das Kabinett verabschiedet hat. Mit diesen Thesen, die zu einzelnen Punkten etwas ausführlicher hätten ausfallen können, ist eine Grundlage für die im Herbst fällige Fortschreibung der entwicklungspolitischen Konzeption erarbeitet worden, die den sich häufenden Problemen der Zukunft Rechnung trägt. Die neue, sichtbar veränderte Weltwirtschaftslage und das sich zwangsweise anbahnende ausgeglicheneres Kräfteverhältnis zwischen Rohstoffproduzenten und Rohstoffkonsumenten sowie die wachsende wirtschaftliche Differenzierung in der Dritten Welt sind auch Inhalt der Thesen.

Auch bei der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt wird man im neuen Haushalt 1976 nicht um Einsparungen herumkommen, obwohl hier Abstriche besonders ernsthaft überlegt werden müssen. Deshalb ist die gezeigte Entschlossenheit der Bundesregierung zur Konzentration der vorhandenen Mittel auf besonders wichtige und notwendige Aspekte im Bereich der Entwicklungspolitik der nächsten Jahre zu begrüßen. Die Konzentration der Mittelvergabe wird sowohl sektoral als auch regional pragmatisch nach Prioritäten vorgenommen:

- Für die ärmsten Entwicklungsländer (LDC) und die von den Rohstoffpreisbewegungen am härtesten betroffenen Länder (MSAC), insgesamt 33, sind schon in der Rahmenplanung 1975 bei Kapitalhilfe und technischer Hilfe jeweils rund 40 vH der Mittel vorgesehen.

- Die Entwicklung der ländlichen Gebiete in der Dritten Welt wird verstärkt gefördert. Bereits jetzt wird ein Drittel des Haushaltes des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit dafür ausgegeben.

- Die Bedingungen der Konditionen für Kredite im Rahmen der Kapitalhilfe werden gemäß der Differenzierung unter den Ländern der Dritten Welt aufgefächert.

- "Technische Hilfe gegen Entgelt" und das "Dreiecksmodell" sollen zusätzliche Mittel für die bedürftigsten Länder der Dritten Welt freimachen.

Mit einem Anteil von 30 vH am Gesamthaushalt des BMZ hat die multilaterale Entwicklungshilfe im Verhältnis der Beteiligung anderer Staaten

einen optimalen Umfang erreicht. Damit wird den Empfängerländern ein erhebliches Mitspracherecht über die Verteilung der Mittel eingeräumt, ohne daß eine Steuerung durch die Bundesregierung unmöglich gemacht wird. Gleichzeitig ist klargestellt, daß die Bundesregierung die schrittweise Europäisierung der Entwicklungszusammenarbeit nicht aus den Augen verloren hat, im Gegenteil. Die gemeinsame Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft soll innerhalb der multilateralen Entwicklungspolitik auch weiterhin im Rahmen des europäischen Entwicklungsfonds Vorrang genießen.

Die Zusammenarbeit der EG mit der Dritten Welt wird künftig trotz größeren Finanzvolumens sowie stärkerer Aufblähung der Bürokratie nicht zu verstärkter europäischer Integration führen. Vielmehr wird erst eine verstärkte Integration erreicht, wenn Partikularinteressen der einzelnen Mitgliedstaaten der EG mehr als bisher zurückgestellt werden. Erst dann scheint eine Aufstockung des EEF oder die Bildung neuer europäischer entwicklungspolitischer Instrumente sinnvoll. Es ist zu hoffen, daß bis dahin für diesen Bereich innerhalb der EG eine parlamentarische Kontrolle vorhanden ist. Dabei wäre es notwendig, daß jeder Mitgliedstaat seinen Aufwendungen entsprechend auch bei den EG-Behörden in Brüssel personell angemessen vertreten ist.

Die SPD-Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Bundestagsfraktion hat im Zuge der Beratung im Ausschuß viele Anregungen gemacht, die Bestandteil der Thesen sind. Im besonderen sei auf die Verbesserung der Marktchancen für Waren aus Entwicklungsländern, die Erleichterung der Kreditkonditionen, die verstärkte Förderung des Agrarbereiches sowie die Unterstützung der Bemühung der Bundesregierung um einen angemessenen Ausgleich zwischen Nord und Süd unter Wahrung eigener Positionen hingewiesen.

Die Bundesregierung hat in ihrer Klausurtagung dargestellt, daß sie flexibel und vernünftig auf die neue politische und wirtschaftliche Lage in der Dritten Welt reagiert hat, und daß ihre bisherige bewährte theoretische Plattform, die Grundsätze der entwicklungspolitischen Konzeption - von Erhard Eppler entwickelt, durch Egon Bahr aktualisiert - nicht in Frage gestellt sind. Es wäre schließlich - bildlich dargestellt - auch verfehlt, wegen eines Riffs in die Boote zu gehen, bevor erst der Versuch des Umschiffens gemacht worden ist. Die Opposition hat, da sie "große Erwartungen" hegte, wie sie erklärte, zu den ausgewogenen Thesen nichts zu vermerken, außer der üblichen Polemik, ohne Rücksicht auf die, in ihren entwicklungspolitischen Leitlinien enthaltenen Aussagen und Vorstellungen. Der Konfrontationskurs um jeden Preis schadet der Entwicklungspolitik. Ob das auch der CDU-Experte Dr. Todenhöfer merkt, ist freilich mehr als fraglich.

Es wäre indessen zu wünschen, daß sich die Opposition hin und wieder ihre eigenen Leitlinien denn einmal ansieht und danach handelt. So bleibt abzuwarten, was die CDU/CSU in ihrer auf Anfang September in Bonn anberaumten Tagung zum Thema Dritte Welt und Entwicklungspolitik Neues anregt. Vielleicht sagt Prof. Biedenkopf seinem jungen Kollegen Todenhöfer einiges, was er bei Franz Josef Strauß noch nicht wagt! (-/9.7.1975/ks/pr)

In Berlin läßt es sich leben!

Erfahrungen aus der Betreuung zugezogener junger Arbeitnehmer

Von Ilse Reichel

Senatorin für Familie, Jugend und Sport

Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der Arbeitnehmer ab, die aus dem Bundesgebiet nach Berlin (West) kommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Immer größer wird jedoch der Prozentsatz der jungen Arbeiter und Angestellten, die ihre Berufschancen in Berlin wahrnehmen. Im letzten Jahr war es wieder eine ganze Kleinstadt junger Menschen, nämlich beinahe 9.000, die hier Arbeit aufnahmen. Drei von fünf der 1974 zugezogenen Arbeitskräfte waren unter 25 Jahre alt. Dabei kamen mehr junge Frauen (56 vH) als Männer (44 vH). Aus jüngsten Erhebungen weiß man, was bei diesen Zahlen ohnehin vermutet werden konnte: die meisten von ihnen sind unverheiratet und ohne Kinder. Bereits 1968 hatte der Senat in einem Beschluß seine Absicht bekräftigt, "Zugewanderte in besonderem Maße (zu) unterstützen" und seine Bemühungen zu intensivieren, "menschliche Kontakte zu schaffen und das Einleben innerhalb der Großstadtgesellschaft zu erleichtern". Dem Senator für Familie, Jugend und Sport fällt die Aufgabe der Kontaktpflege mit den Arbeitnehmern unter 25 Jahren zu.

Die Motive der Zuwanderer, nach Berlin zu kommen, sind unterschiedlich; der Anreiz, den die Großstadt mit ihren vielfältigen Freizeit- und Kommunikationsmöglichkeiten bietet, ist jedoch erheblich. Sich in Berlin einzuleben, heißt nicht nur Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz, dem Verdienst und der Unterbringung - ganz wesentlich ist eine neue gesellschaftliche Einbindung. Die Großstadt und ihre Angebote anzunehmen und zu nutzen, das ist für die Zuwanderer, die häufig aus kleineren Orten und ländlichen Gebieten kommen, nichts Selbstverständliches. Daher bemühen wir uns, durch Vermittlung von gesellschaftlichen Kontakten erste und vielleicht wesentliche Integrationshilfen anzubieten. Die Erfahrung zeigt, daß es sich gerade in den ersten Monaten entscheidet, ob sich ein Zuwanderer in Berlin wohlfühlen beginnt und eventuell endgültig Neu-Berliner wird oder ob er der Stadt wieder enttäuscht den Rücken kehrt.

Seit zwölf Jahren helfen wir daher bei der Eingewöhnung in der Großstadt. Dabei gehen wir von den Erwartungen aus, die die zuziehenden Arbeitnehmer an die Stadt richten, und die sind - abgesehen von den beruflichen Erwartungen und der Hoffnung, bald eine ordentliche Wohnung zu haben - kaum verschieden von den Erwartungen eines Touristen. Diese Erwartung und die Erkenntnis, daß gesellige Angebote die beste Chance eröffnen, die Zuwanderer zu erreichen, sind auch strukturierende Elemente des Betreuungsprogramms.

In regelmäßigen Abständen senden uns die Berliner Arbeitsämter die Anschriften aller Arbeitnehmer unter 25 Jahren, die nach Berlin zugezogen sind. Mit einem Begrüßungsschreiben erhalten sie ein Informationspaket, das sie anregen soll, die Stadt und ihre Freizeitmöglichkeiten zu nutzen. Neben Informationen über bezirkliche Freizeitangebote sowie Anschriften von Jugendorganisationen und Sportvereinen enthält das Päckchen auch

Gutscheine zum Besuch einer Tanzschule und ein Heft mit Eintrittskarten für kulturelle Einrichtungen der Stadt, wie zum Beispiel Berlin-Museum, Planetarium, Aquarium, Zoo, Botanischer Garten und so weiter. Während die Ausnutzung dieser Angebote unterschiedlich ist - beinahe jeder Zuwanderer geht in den Zoo, nur wenige nehmen das Angebot wahr, tanzen zu lernen -, sind die Veranstaltungen gut besucht. Zwei von drei der Eingeladenen kamen im vergangenen Jahr zu den insgesamt 39 Veranstaltungen. Die größten davon sind die beiden Kabarett- und Tanzveranstaltungen "In Berlin läßt es sich leben". Auch die kleineren Veranstaltungen bemühen sich um ein berlin-spezifisches Flair, so zum Beispiel die Veranstaltungen mit dem Kabarett "Klimperkasten", die Gag-Spritz-Touren mit Jule Hammer, literarische Abende mit Texten von Kurt Tucholsky, Ringelnatz und anderen, der Heinrich-Zille-Abend und nicht zuletzt die "Weihnacht in Alt-Berlin" bei den Vaganten, die den jungen Zuwanderern gegebenenfalls über feiertagewidrige Seelenlagen hinweghelfen soll.

Das Interesse an Wochenend-Seminaren der politischen Bildung, den Berlin-Seminaren mit Referenten des Informationszentrums, hat dagegen sehr nachgelassen. Während bis 1973 jährlich acht Seminare durchgeführt wurden, fanden sich 1974 nur für drei Seminare genügend Interessenten. Die Gründe für diesen Rückgang sind nicht klar ersichtlich, doch bleibt zu hoffen, daß auch die jungen Zuwanderer von ihrem Recht auf Bildungsurlaub zunehmend Gebrauch machen. Da unvermindert ein großes Interesse an Informationen über Fragen der beruflichen Weiterbildung und des Arbeitsmarktes, aber auch an politischen Problemen feststellbar ist, werden wir eine andere Organisationsform dieser Seminare versuchen.

Die Arbeit meiner Verwaltung, der für diese Zwecke jährlich etwa 80.000 DM zur Verfügung stehen, wird durch das Jugendaufbauwerk unterstützt und abgerundet. Seit 13 Jahren besteht nunmehr der Berlin-Club, dessen Clubabende, Sportveranstaltungen und Skifreizeiten rege besucht werden. Nebenbei: Etwa 100 junge Paare fanden sich dort und haben geheiratet. Im Lauf der Zeit hat sich ein zweiter Club "Treff am Mittwoch" aus Eigeninitiative junger Zuzügler gebildet, der seinen Clubraum bei der Arbeiter-Wohlfahrt am Hallschen Ufer hat. Letzten Endes ist das Wecken solcher Eigeninitiativen Sinn und Ziel unseres Angebots. Es ist nicht mehr und nicht weniger als eine Starthilfe für junge Menschen, die häufig erstmals in einer Großstadt leben und arbeiten. (-/9.7.1975/bgy/pr)

+ + +

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Bessere Kooperation mit Bulgarien

Bulgarien hat großes Interesse an einem weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und der industriellen Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland. Dies betonte der Vorsitzende des bulgarischen Komitees für außenwirtschaftliche Beziehungen, Minister Nikola Kaltschew, anlässlich des Besuche einer sechsköpfigen Delegation des Deutschen Bundestages, die unter Leitung von Bundestagspräsidentin Annemarie Renger auf Einladung des bulgarischen Parlamentspräsidenten Dr. Vledimir Bonew die Volkrepublik Bulgarien besuchte. Minister Kaltschew hob den Wunsch Bulgariens nach dem Import ganzer Industrieanlagen hervor, die teilweise mit Produkten aus diesen Betrieben bezahlt werden könnten. Er gab der Hoffnung auf einen langfristigen Kredit in Höhe von 250 Millionen Dollar zu günstigen Bedingungen Ausdruck. Dann sei ein schneller Abschluß größerer Geschäfte zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik möglich. Kaltschew unterstrich, daß Bulgarien am Ausgleich der bisher defizitären Handelsbilanz mit der Bundesrepublik interessiert sei. Die Bundestagspräsidentin regte an, daß auch die mittelständische Wirtschaft der Bundesrepublik in die wirtschaftliche Kooperation einbezogen werden sollte. Darüber hinaus könnten Symposien veranstaltet werden, auf denen Fachleute beider Länder Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen untersuchen sollten.

Bei einem Besuch der Sofioter Volkerversammlung unterrichteten sich die deutschen Parlamentarier über die Arbeitsbedingungen in der Volksvertretung Bulgariens. Der Vorsitzende der bulgarischen Volkerversammlung, Bonew, sprach die Erwartung aus, daß der Austausch zwischen den Parlamenten den Weg vorbereiten für den weiteren Ausbau der Kontakte und der Beziehun-

9. Juli 1975

gen zwischen beiden Ländern dienlich sein würde. Einer allseitigen Entwicklung der Beziehungen stünden keine Probleme entgegen. Die Bundestagspräsidentin unterstrich, daß die Parlamentarier den Gedankenaustausch über Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Umweltschutzes und der Gesundheit fortsetzten, den die Regierungen beider Länder begonnen hätten. Die Delegation des Bundestages und die Vertreter der bulgarischen Volksversammlung einigten sich, daß möglichst bis zum Herbst dieses Jahres in beiden Parlamenten deutsch-bulgarische Parlamentariergruppen gebildet werden sollten. Ferner wurden Kontakte zwischen den jeweiligen Fachausschüssen der Parlamente vereinbart. Der Präsident der bulgarischen Volksversammlung, Bonew, wurde von der Bundestagspräsidentin auf einige Fälle von Familienzusammenführung angesprochen und um wohlwollende Prüfung der Angelegenheit gebeten.

Bei den Gesprächen der Delegation mit dem ersten stellv. Vorsitzenden des bulgarischen Staterats, Krastju Tritschkow, und mit dem Vorsitzenden des Ministerrats Bulgariens, Stankow Todorow, wurde die Frage einer Intensivierung sowohl der wirtschaftlichen als auch der kulturellen Beziehungen angesprochen. Dabei brachten die Mitglieder der Bundestagsdelegation das Thema Jugendaustausch und Städtepartnerschaften zur Sprache. Auch an einer Intensivierung und einem reibungslosen Verlauf des Tourismus zeigten sich die Bundestagsabgeordneten interessiert. Von bulgarischer Seite wurde der Wunsch nach erleichteter Ausgabe von Visa vorgebracht.

(-/9.7.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Cleus Preller